

Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Umstellung des Rechnungswesens der EWD

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger

1 Ausgangslage

Die EWD ist als selbständige öffentlichrechtliche Anstalt organisiert. Das Rechnungswesen der EWD richtet sich gemäss der Regelung in den bestehenden Statuten nach den Vorschriften des Finanzhaushaltsrechts für Gemeinden. Daneben sind vor allem in der Elektrizitätsversorgung die Vorgaben des Stromversorgungsgesetzes und der Branche zu beachten.

Der Kanton Solothurn plant auf 1. Januar 2016 für Gemeinden und ihre Unternehmen das Rechnungswesen nach den Anforderungen von HRM 2 umzustellen. Gestützt auf die Fachempfehlungen der kantonalen Finanzdirektoren und der Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen werden ein neuer Kontenrahmen und ein gestufter Ergebnisausweis als Erfolgsrechnung eingeführt. Zudem werden Vorgaben zur Bewertung der Anlagegüter und zur Abschreibungsmethode, zu Rechnungsabgrenzungen und Rückstellungen, zur Gestaltung der Jahresrechnung und zur finanziellen Steuerung gemacht.

2 Zweckmässiges Rechnungswesen der EWD

Der Verwaltungsrat liess die Zweckmässigkeit der Einführung von HRM 2 für die EWD durch einen externen Finanzexperten prüfen. Obwohl HRM 2 zu einer Annäherung an die Rechnungslegung der Privatwirtschaft führt, vermag dessen Einführung die Differenzen zwischen öffentlichem Rechnungswesen und insbesondere den regulatorischen Anforderungen des Stromversorgungsgesetzes nicht zu beseitigen. Wird das Rechnungswesen der EWD weiterhin nach dem Finanzhaushaltsrecht der Gemeinden geführt, hat die EWD einen erheblichen Zusatzaufwand zu leisten, um die Anforderungen von HRM 2 und der Strommarktregulierung gleichzeitig zu erfüllen. Teile der Kostenrechnung und der Anlagebuchhaltung müssten doppelt geführt werden. Insbesondere würden sich Unterschiede zwischen finanzbuchhalterischen und effektiven Abschreibungen ergeben, was die Transparenz für Behörden und Kunden stark erschwert und die Aussagekraft des Rechnungswesens beeinträchtigt. Da die regulatorischen Vorgaben und die Branchennormen auf den Grundsätzen der Rechnungsführung nach Obligationenrecht basieren, wird empfohlen, das Rechnungswesen der EWD neu auf das private Recht auszurichten.

Der Verwaltungsrat der EWD unterstützt diese Zielsetzung und hat beschlossen, die für die Umstellung des Rechnungswesens erforderliche Rechtsgrundlage in den Statuten zu schaffen. Angesichts der wirtschaftlichen Ausrichtung der EWD geht es darum, die Vergleichbarkeit und die Transparenz des Rechnungswesens zu verbessern. Insbesondere soll in Bezug auf die Buchführung und die Rechnungslegung die gleichen Grundsätze Anwendung finden wie dies das neue Rechnungslegungsrecht des Obligationenrechts seit 2013 für alle Unternehmen der Privatwirtschaft unabhängig von ihrer Rechtsform vorschreibt. Die Umstellung des Rechnungswesens der EWD soll im Verlauf des Jahres 2014 vollzogen werden, sodass die Budgetierung für das Jahr 2015 nach den Regeln des Obligationenrechtes vorgenommen werden kann.

3 Rechtliche Voraussetzung für die Umstellung des Rechnungswesens

Gemäss § 159 Abs. 2 des kantonalen Gemeindegesetzes ist für ausgegliederte Gemeindeunternehmen in den Statuten zu regeln, inwieweit sie den Vorschriften über den Finanzhaushalt der Gemeinden unterstehen. Nach der Praxis des Amtes für Gemeinden kommt dabei das öffentliche Rechnungswesen zur Anwendung, wenn eine klar öffentliche Aufgabe wie die Wasserversorgung ausgegliedert wird. In Fällen einer reinen Ausgliederung von Elektrizitätsversorgungen (EV Biberist, Härkingen u.a.) wurde die privatrechtliche Rechnungslegung zugelassen, da diese Aufgabe heute nicht mehr primär als öffentlicher Auftrag qualifiziert werden kann. Gemäss § 96 GWBA ist auch bei der Wasserversorgung die Delegation an eine juristische Person des Privatrechts möglich, unter der Voraussetzung, dass die öffentliche Hand eine Mehrheitsbeteiligung behält. Aufgrund dieser Delegationsnorm lässt es das Amt für Gemeinden zu, dass auch bei Wasserversorgungen ein privater Rechnungslegungsstandard zur Anwendung kommen kann.

Grundsätzlich ist es somit rechtlich möglich, dass die EWD neu ihre Rechnungslegung für alle Sparten nach den Regeln des Obligationenrechts führen kann. Um diese Umstellung zu vollziehen, bedarf es einer Revision von §§ 21 und 22 der Statuten EWD. Dadurch kann die erforderliche Rechtsgrundlage nach § 159 Abs. 2 des Gemeindegesetzes geschaffen werden.

4 Revision der Statuten EWD

4.1 Einführung neuer Begriffe (§ 17)

Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Einführung von HRM 2 ergeben sich im Rechnungswesen der Gemeinden und ihrer Unternehmen auch begriffliche Anpassungen. Neu werden anstelle der bisherigen Begriffe Voranschlag, Rechnung und Laufende Rechnung die Ausdrücke Budget, Jahresrechnung und Erfolgsrechnung verwendet. Es wird deshalb vorgeschlagen, die neuen Begriffe zu übernehmen und § 17 Abs. 2 Ziff. 4 (Aufgaben des Verwaltungsrats) neu wie folgt zu formulieren:

„Genehmigung des Budgets sowie Behandlung des Jahresberichts und der Jahresrechnung zuhanden der Gemeindeversammlung“.

An der Zuständigkeitsordnung wird keine Änderung vorgenommen, insbesondere unterliegt die Jahresrechnung der EWD wie bis anhin der Genehmigung der Gemeindeversammlung.

4.2 Regelung der Rechnungsablage (§ 21)

In § 21 wird die rechtliche Grundlage für die Rechnungsführung nach den Regeln des Obligationenrechts geschaffen. Es wird klargestellt, dass die Vorschriften über den Finanzhaushalt der Gemeinden des kantonalen Gemeindegesetzes (§§ 134-157, Kapitel 6) für die EWD keine Anwendung finden. Somit kann auf die für die solothurnischen Gemeinden geplante Einführung von HRM 2 für die EWD verzichtet werden. Neu gelten die Grundsätze des im Obligationenrecht geregelten Rechnungslegungsrechts (Art. 957 ff OR), das seit 1. Januar 2013 in Kraft ist. Im Einzelnen handelt sich um die Bestimmungen zur Buchführung (Art. 957, 957 a OR), zur Rechnungslegung (Art. 958, 958 a-f OR), zur Gliederung der Bilanz (Art. 959, 959 a OR) und der Erfolgsrechnung (Art. 959 b OR), zum Inhalt des Anhangs (Art. 959 c OR), sowie zur Bewertung der Aktiven und Passiven (Art. 960, 960 a-e, 961, 961 a-d OR). Ausdrücklich wird in Abs. 4 vermerkt, dass aufgrund der Gemeindegesetzgebung der Geschäftsbericht mit Bilanz und Erfolgsrechnung sowie der Revisionsbericht dem kantonalen Gemeindeamt einzureichen sind:

- 1) Für die Rechnungslegung sind die Vorschriften des Schweizerischen Obligationenrechts anzuwenden. Die Vorschriften über den Finanzhaushalt der Gemeinden finden keine Anwendung.
- 2) Die EWD weist die Ergebnisse der operativen Geschäftsbereiche separat aus.
- 3) Die Rechnung wird auf den 31. Dezember jedes Jahres abgeschlossen.
- 4) Der von der Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Derendingen genehmigte Geschäftsbericht mit Bilanz und Erfolgsrechnung und der Revisionsbericht sind dem Gemeindeamt bis zum 31. Juli einzureichen.

4.3 Abschreibungen und Reservenbildung (§ 22)

Die Vorschriften über die Abschreibungen und die Reservenbildung sind im Zusammenhang mit der Umstellung des Rechnungswesens auf die Regeln des Obligationenrechts zu präzisieren. Da nach HRM2 und den Vorgaben zur Strommarktregulierung unterschiedliche Nutzungsdauern und Sätze bei den Abschreibungen gelten, ist klarzustellen, dass diese ausschliesslich nach branchenüblichen Normen vorzunehmen und auf die Selbstfinanzierung der Investitionen auszurichten sind. In der Wasserversorgung würde die Anwendung der kürzeren Nutzungsdauer gegenüber der heutigen Abschreibungspraxis der EWD zu höheren Tarifen führen. Die Vorgaben von HRM 2, die von den Branchennormen und der heutigen Praxis abweichen, sollen keine Anwendung finden. Für die Reservenbildung wird neu ein Verweis auf das übergeordnete Recht (z.B. GWBA für Wasserversorgung) angebracht. Die weiteren Vorgaben in § 22 Abs. 2 der Statuten werden unverändert beibehalten. § 22 wird somit neu wie folgt formuliert:

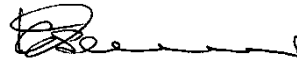
- 1) **Die Abschreibungen sind nach branchenüblichen Normen vorzunehmen. Sie sollen die Selbstfinanzierung der Investitionen in hohem Masse ermöglichen.**
- 2) **Bei der Reservenbildung ist das übergeordnete Recht zu beachten. Sofern die kalkulatorischen Abschreibungen den Restbuchwert der jeweiligen Anlagen übersteigen, sind in der Höhe der Differenz für die einzelnen Geschäftsbereiche Reserven zu bilden. Diese Reserven dienen zur Finanzierung des Werterhalts der Anlagen. Sie können sich in den einzelnen Bereichen auf bis zu 10% des Wiederbeschaffungswertes der jeweiligen Anlagen belaufen.**

5 Genehmigung durch die Gemeindeversammlung

Die Änderung der Statuten der EWD und des Konzessionsvertrags erfordern die Genehmigung durch die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Derendingen. Es muss deshalb dem Gemeinderat und der Gemeindeversammlung eine entsprechende Vorlage mit den Revisionspunkten unterbreitet werden. Der Verwaltungsrat der EWD hat die Änderung der Statuten der EWD ausgearbeitet und genehmigt. Das kantonale Amt für Gemeinden führte die Vorprüfung für die Revisionsvorlage durch und hiess sie die beabsichtigte Umstellung des Rechnungswesens der EWD aus gemeinderechtlicher Sicht gut.

Der Verwaltungsrat EWD legte dem Gemeinderat der Einwohnergemeinde Derendingen den nachfolgenden Beschlussesentwurf zur Weiterleitung an die Gemeindeversammlung vor. Der Gemeinderat hat diesen Antrag zu Händen der Gemeindeversammlung einstimmig genehmigt.

Der Gemeindepräsident



Kuno Tschumi

Beschlusses-Entwurf:

1. Die Revision von § 17 Abs. 2 Ziff. 4, § 21 und 22 der Statuten der Elektrizität- und Wasserversorgung Derendingen vom 11. Dezember 2001 wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat und der Verwaltungsrat der EWD werden mit dem Vollzug beauftragt.

- Statuten EWD, Teilrevision